

Sozial, hartnäckig und konstruktiv

Seit der ersten Ausgabe dieser Zeitung ist genau ein Jahr vergangen. Auch 2017 hat sich DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Havelland getreu dem Motto „Für ein I(i)ebenswertes Havelland“ aktiv und konstruktiv im obersten politischen Gremium unseres Landkreises eingebracht. Über unsere Aktivitäten und Initiativen möchten wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, mit der zweiten Ausgabe unserer Fraktionszeitung informieren.

Handlungsfähige Kommunen

Die angedachte Reform der Brandenburgischen Landesregierung wurde auch im Kreistag Havelland kontrovers diskutiert. Im März und im Oktober wurden die von der Landesregierung erbetenen Stellungnahmen des Landkreises zu dieser Reform im Kreistag besprochen und verabschiedet. Die Kreisverwaltung und Landrat Roger Lewandowski (CDU) waren darauf bedacht, an dieser Stelle nicht Parteipolitik in den Vordergrund zu stellen, sondern sich inhaltlich und sachlich mit dem vorgelegten Entwurf auseinander zu setzen. Dieses sachliche Agieren war schließlich auch Grundlage für unsere Mitarbeit und Zustimmung an und zur Stellungnahme des Havellandes. Auch wenn die Reform im November von Ministerpräsident Diemar Woidke gestoppt wurde sehen wir als LINKE weiterhin erheblichen Reformbedarf, um im gesamten Land Brandenburg auch in 20 oder 30 Jahren gleichwertige Lebensbedingungen für die Brandenburgerinnen und Brandenburger zu schaffen und zu erhalten. Wir haben uns für die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden eingesetzt und bei den Haushaltsverhandlungen für

das Jahr 2017 eine Senkung der Kreisumlage durchgesetzt. Für den Haushalt für das Jahr 2018 ist uns dies wegen des Widerstands der Zählgemeinschaft leider nicht gelungen. Wir werden aber nicht nachlassen bei unseren Aktivitäten für eine bessere finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen!

Die Fraktion der sozialen Gerechtigkeit

Die sozialen Themen liegen uns als LINKE besonders am Herzen. So haben wir uns unter anderem bei der Schulentwicklungsplanung für den Schulstandort Elstal stark gemacht und uns für die Etablierung einer Gesamtschule eingesetzt. Allerdings wurde unser Antrag vom Kreistag abgelehnt. Auch unser Antrag, die Verwaltung möge neben Brieselang auch den Bedarf einer Gesamtschule in Wustermark prüfen, wurde abgelehnt.

Des Weiteren brachten wir unter anderem die Themen Förderprogramme für Kitas, Kindertagespflege oder Bargeldauszahlung in den Sparkassen in die Diskussion ein.

Erfolge

Mit dem Haushaltsbeschluss im März für das Jahr 2017 haben wir zwei Dinge, für die

wir uns eingesetzt haben, erreicht: einerseits wird nun endlich ein Blitzer in Wernitz aufgestellt und die Verkehrsströme dort werden untersucht. Und andererseits wird es nun endlich eine Untersuchung geben, wie das Grundwasserproblem in Rathenow und Umgebung gelöst werden kann. Auch dies hatten wir vorangetrieben und nun bewegt sich endlich etwas!

Denkwürdig war auch, dass in der Kreistagssitzung im März endlich ein Aufsichtsrat für die Schloss Ribbeck GmbH berufen wurde. Bisher gab es einen solchen für diese kreiseigene Gesellschaft nicht und wir konnten uns mit unserem Antrag durchsetzen. Der Kreistag hat mich als eine von vier Aufsichtsräten berufen und ich freue mich sehr, daran mitwirken zu können, dass diese Gesellschaft finanziell und konzeptionell solide aufgestellt wird.

Weitere Aktivitäten

Die Arbeit der Abgeordneten findet nicht nur im Kreistag und seinen Ausschüssen statt. So sind unsere Fraktionsmitglieder vor Ort unterwegs, um die Havelländerinnen und Havelländer bei ihren Problemen zu unterstützen, zum Beispiel bei der Umsetzung von Barrierefreiheit, bei Hartz IV-Beratungen oder beim Kampf für eine saubere Umwelt. Wir bieten Sprechstunden in unserem Büro aber auch unter freiem Himmel an und unsere Fraktionsmitglieder unterstützen Bürgerinnen und Bürger durch Beratung zu sozialen Fragen. Wenn wir den Eindruck haben, dass kreisliche Behörden in einzelnen Fällen falsche Entscheidungen getroffen haben, suchen wir das Gespräch mit den entsprechenden Stellen. Und so werden wir uns auch 2018 für ein I(i)ebenswertes Havelland für alle stark machen.

Andrea Johlige



Schloss Ribbeck (Foto: Andrea Johlige)

Tschernobyl 30 Jahre danach

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 in Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl nahe der ukrainischen Stadt Prypjat. 30 Jahre nach der Katastrophe ist die Zone um Tschernobyl nahezu menschenleer, die Stadt Prypjat ist eine Geisterstadt, die Natur erobert das Gebiet zurück.

Im Oktober/November 2016 begab ich mich auf eine fotografische Spurensuche in der Speerzone rund um den havarierten Reaktor.

Ich habe in meinem Blog sehr ausführlich über diese Reise Ende Oktober/Anfang November 2016 berichtet. Aus diesem Bericht ist nun eine Ausstellung entstanden. Auf 18 DIN A 1-Tafeln sind die beeindruckendsten 69 Fotos zusammen gestellt. Natürlich enthält die Ausstellung auch Erläuterungen zu den einzelnen Locations. Die Besucher*innen haben außerdem die Möglichkeit, eine Broschüre mit allen Fotos mitzunehmen.

Derzeit ist die Ausstellung bis Mitte Januar im Kulturzentrum Rathenow zu sehen. Sie wird danach auch noch an anderen Orten gezeigt werden. Außerdem biete ich auch an, für Veranstaltungen mit einem Reisebericht, einer Fotoauswahl und anschließender Diskussion vor Ort zur Verfügung zu stehen.

Andrea Johlige



Konzertsaal der Musikschule in Prypjat (Foto: Andrea Johlige)

Als Wustermarker im Kreistag Havelland



Bereits zum zweiten Mal haben mich Wustermarker in den Kreistag gewählt. Für die Linksfraktion sitze ich dort im Wirtschafts- und Tourismusausschuss. In dieser Funktion konnte ich einen Zebrastreifen und einen "Blitzer" in Wernitz mit durchsetzen. Die Verwaltung von Wustermark habe ich erfolgreich auf Fördermaßnahmen des Landkreises für sogenannte Park&Ride-Plätze sowie für den barrierefreien und überdachten Umbau von Bushaltestellen aufmerksam gemacht. Ein guter Draht und eine hohe Bereitschaft der Zusammenarbeit seitens der Kreisverwaltung haben in Sachen Havelbus schnell und unkompliziert kleinere

Probleme, wie beispielsweise die bessere Lenkung des Schülerverkehrs, gelöst, damit kein Schulkind wegen Überfüllung nicht in den Bus kommt. Auch die Idee, Werbung für die Freiwillige Feuerwehr an Bussen anzubringen stieß auf überwiegend offene Ohren – außer bei der SPD. Nach ernstesten Worten scheint auch die Zusammenarbeit mit der Denkmalschutzbehörde des Kreises besser zu funktionieren, sodass nun gemeinsam mit der Gemeindevertretung für die Eisenbahnersiedlung Elstal eine für alle geltende Gestaltungssatzung erarbeitet wird.

Tobias Bank

Umweltpolitik im Havelland: Da geht noch mehr!

Der Landkreis Havelland hat seit 2013 ein integriertes Klimaschutzkonzept. Ein eigener Baustein des Konzeptes beschäftigt sich mit Elektromobilität.

Umso unverständlicher ist es, dass bei der Neuanschaffung von Bussen für die kreiseigene Havelbus-Gesellschaft im Jahr 2016 nicht wenigstens ein Elektrofahrzeug dabei war. Es stimmt, die Anschaffungskosten für Elektrofahrzeuge sind hoch, aber wenn wir nicht anfangen, diese Technologie durch ihre Nutzung zu fördern, dann werden sich die Preise nicht ändern. Und wenn man bedenkt, dass Elektromotoren weniger wartungsintensiv als Verbrennungsmotoren sind und es Steuererleichterungen und Anschaffungshilfen dafür gibt, ist das Kostenargument

nur ein schwaches.

Die Anschaffung eines Elektrofahrzeuges hätte eine Vorbildwirkung und würde Erfahrungen bringen. Im Havelland sind viele Menschen auf den öffentlichen Personennahverkehr mittels Bus angewiesen, der Bedarf an Busverbindungen und einer besseren Taktung steigt und punktuell wird im Landkreis eine spürbare Feinstaubbelastung beklagt. Der Landkreis sollte daher seiner Verantwortung bei der Umsetzung des eigenen Klimaschutzkonzeptes gerecht werden und schleunigst die im Durchschnitt sieben Jahre alte Fahrzeugflotte mit Elektrobusen verjüngen. In Sachen Umweltpolitik des Landkreises geht also noch mehr!

Tobias Bank

Teilhabe muss ungehindert sein – nicht nur ein bisschen!

Inklusion und Teilhabe zu sichern, bedeutet mehr als das Umsetzen einer Vorschrift

Wer in den Kommunen des Havellandes mit einem Handicap leben muss, stößt permanent an Grenzen. Akustische Signale an Ampeln fehlen, Bordsteige sind nicht abgesenkt, Leitsysteme für Blinde und Sehschwache fehlen etc. Wie es sich anfühlt, als Rollstuhlfahrer/in, Hörgeschädigte/r oder Blinde/r/Sehschwache/r durch diesen Alltag kommen zu müssen, kann mensch neuerdings auf Aktionstagen der Betroffenen-Verbände oder Senior/innen-Beiräte erahnen, auf denen Handicap-Parcours für Nichtbehinderte angeboten werden.

Linksfraktion seit Jahren aktiv

Die Linksfraktion im Havelland versucht seit mehreren Jahren, die Lebenssituation von Menschen mit Handicap zu verbessern. So ist sie gemeinsam mit dem Blinden- und Sehschwachenverband des Landkreises Havelland seit Monaten hinter dem Landesbetrieb für Straßenwesen her, der für viele Millionen Euro einen neuen Kreisverkehr an der Spandauer Straße in Falkensee gestaltet hat. Entsprechend der neuen Vorschriften für derartige Bauwerke und ihre barrierefreie Gestaltung sind Maßnahmen umgesetzt worden, die es vor allem Blinden und Sehschwachen erleichtern sollen, einen solchen stark genutzten Kreisverkehr problemlos zu überqueren. Die Betroffenenverbände sind frühzeitig in die Planungen einbezogen

worden und haben ihre Vorstellungen einbringen können. So weit, so gut.

Viele Mängel

Zur Einweihung des Kreisverkehrs kamen allerdings zahlreiche Mängel ans Licht, die das Bauwerk für Menschen mit Behinderungen zu einem wahren Hindernis werden lassen. So fehlt die notwendige Beschilderung, das akustische Ampelsignal wurde vergessen, notwendige Sicherheitsabstände zwischen Gehweg- und Leitsystemende sowie der Fahrbahn sind zu schmal, Platten des Blinden-Leitsystems wurden falsch verfugt, so dass sie inzwischen mit dicken Grasbüscheln zugewachsen sind.

Weiter Druck machen

Die von mir sofort kontaktierten Verantwortlichen – der Landesbetrieb für Straßenwesen und der Falkenseer Bürgermeister – beteuerten ihre Unschuld: Die Maßnahmen seien den Vorschriften entsprechend umgesetzt worden. Nur: Damit ist den Betroffenen nicht geholfen. Die Linksfraktion wird deshalb weiter dranhängen und gemeinsam mit den Betroffenenverbänden Druck machen, damit das Leben für Menschen mit Handicap inklusiv und entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention gestaltet wird.

Harald Petzold



Manuela Klein-Kauk, Vorsitzende des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Osthavelland, und Harald Petzold während der Besichtigung der Mängel. (Foto: Tanja Marotzke)

Zum 1. Januar 2018 treten Änderungen im Hartz IV-Bezug in Kraft

Der monatliche Regelsatz für **alleinstehende Hartz-IV-Bezieher** steigt von derzeit 409 Euro auf 416 Euro.

Die Grundsicherung für **Paare** wird von 368 Euro auf 374 Euro pro Partner steigen.

Nichterwerbstätige Erwachsene unter 25 Jahren, die im Haushalt der Eltern wohnen, erhalten ab Januar:

332 Euro statt 327 Euro. Derselbe Satz gilt für erwachsene Behinderte in stationären Einrichtungen.

Für **Kinder in Hartz-IV-Haushalten** sind folgende Änderungen vorgesehen:

Bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres werden künftig 240 Euro statt 237 Euro im Monat gezahlt.

Die Grundsicherung für Kinder im Alter von sieben bis 14 Jahren erhöht sich um fünf Euro auf 296 Euro.

Der Satz für Jugendliche unter 18 Jahren soll ebenfalls um fünf Euro auf 316 Euro angehoben werden.

Regelmäßig werden Betroffene aufgefordert, Bescheide in den verschiedenen Beratungsstellen bei uns im Landkreis prüfen zu lassen.

Redaktion



Breitbandausbau

Unter Breitband versteht man heute einen Internetzugang mit sehr hoher Datenübertragung und einer wesentlich höheren Geschwindigkeit als bei älteren Zugangstechniken.

Auch im Havelland gibt es noch immer so genannte „weiße Flecken“, also Regionen, in denen der Internetzugang nur eingeschränkt oder mit einer sehr niedrigen Übertragungsrate möglich ist. Als LINKE halten wir den Breitband-Internetzugang für eine notwendige (soziale) Infrastruktur, die allen Menschen flächendeckend, und perspektivisch auch kostenlos, zur Verfügung stehen sollte. Aber auch für die Ansiedlung von Unternehmen ist die Bereitstellung von schnellem Internet unverzichtbar.

Ein erster Schritt zu einem flächendeckenden Breitbandzugang im Havelland wurde 2017 gemacht. In seiner März-Sitzung hat der Kreistag einstimmig beschlossen, zur Finanzierung dieses so wichtigen Projektes Fördermittel bei Bund und Land zu beantragen. Im Dezember kam dann die letzte noch offene Förderzusage vom Land. Damit wurde die gesamte beantragte Fördersumme bewilligt. Rund 52 Millionen Euro können so in den kommenden Jahren investiert werden. Der Eigenanteil des Landkreises beträgt dabei rund 5,2 Millionen Euro, die Förderung des Bundes ca. 30 Millionen Euro und die des Landes rund 16,7 Millionen Euro.

Sozialer Wohnungsbau: An den Taten wirst Du sie erkennen

„Nicht an den Worten, sondern an den Taten wirst Du sie erkennen“, soll Martin Luther gesagt haben. Auch ohne Luther-Jahr passt dieses Zitat zur Diskussion um sozialen bzw. bezahlbaren Wohnungsbau im Havelland. Egal auf welche Veranstaltung Politiker*innen dieser Tage im Landkreis kommen, häufig werden sie mit Fragen rund um steigende Mieten und fehlenden Mietwohnungsbau konfrontiert. Besonders angespannt ist der Wohnungsmarkt im Osthavelland. Hier gibt es kaum noch sozialen Wohnraum. Dies führt zu einer Verdrängung von finanziell nicht so starken Familien. Und damit sind nicht nur Hartz-IV-Bezieher*innen gemeint, sondern auch die Busfahrerin von gegenüber oder der Kassierer von nebenan. Warme Worte finden Politiker*innen von CDU/SPD und Grünen dafür, aber wirkungsvolle Taten folgen nicht. Seit Langem setzt sich unsere Fraktion für eine kreisliche Wohnungsgesellschaft ein, um mehr bezahlbaren Wohnraum im Havelland zu schaffen.

Mehr Verantwortung des Landkreises und der Kommunen nötig

DIE LINKE meint, dass es mehr Verantwortung des Landkreises und der Kommunen in Sachen Mietwohnungsbau braucht. Der Kreis könnte mit betroffenen Kommunen eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründen oder zusammen mit Einwohner*innen Wohnungsgenossenschaftsmodelle initiieren. Sehr gut funktionierende Beispiele dafür gibt es in Berlin. Private Investoren müs-

sten dabei nicht außen vor bleiben, sie könnten gewisse Anteile erwerben. Der Kreis hat den Vorteil, dass er Rücklagen und Grundstücke hat, die dafür genutzt werden könnten.

Aber auch jede einzelne Kommune trägt hier Verantwortung. Zum Beispiel stellte in Wustermark DIE LINKE den Antrag, 30 Prozent der Wohnungen im zukünftigen Wohngebiet Olympisches Dorf für sozialen Wohnungsbau vorzusehen und wollte einen Runden Tisch initiieren, um mit den Investoren Lösungen zu finden. Beides wurde abgeschmettert, obwohl das Land sozialen Wohnungsbau mit einem Zuschuss und zinslosen Krediten fördert. Der Investor nennt das 55 Hektar große Bauprojekt G.O.L.D. und es ist davon auszugehen, dass sich die Mieten bzw. die Eigentumswohnungen niemand mit normalem Einkommen leisten können wird.

DIE LINKE hat ausgerechnet, dass sich eine alleinstehende Erzieherin mit einem für Wustermark leider üblichen 30-Stunden-Vertrag schon heute keine der neuen in Elstal entstandenen Wohnungen aufgrund der Miethöhe leisten kann.

Den Worten müssen Taten folgen

An diesem Beispiel ist zu sehen, dass es oftmals am politischen Willen fehlt. Erschreckend ist, dass vor allem SPD und Grüne in Wustermark gegen den Antrag waren, aber dieser Tage kaum Gelegenheiten auslassen, die Notwendigkeit von bezahlbarem Wohnungsbau in Worte zu fassen.

Tobias Bank





Kommunale Familie nur auf Landkreisebene?

Die Gemeinden des Landkreises Havelland haben sich in den vergangenen Monaten intensiv mit dem Haushaltsplan des Landkreises auseinandergesetzt, ihr Vorgehen abgestimmt und gemeinsam formulierte Einwendungen übermittelt. Dieses Vorgehen missbilligte vor allen Dingen die CDU im Kreistag. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Koch, empfand das gemeinsame Agieren der Gemeinden nach meinem Eindruck sogar als lächerlich. Dabei vergas er mal wieder, dass bei der Verwaltungsstrukturreform die Landkreise in gleicher Art und Weise agiert haben und dies als ein erfolgreiches Auftreten der kommunalen Familie gewertet wurde.

Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht gefährden

Wir haben als Kreistagsfraktion eine ganz klare Auffassung: Wenn Gemeinden des Landkreises erklären, dass die Abgaben der Gemeinden an den Landkreis (Kreisumlage) zu hoch sind und die Leistungsfähigkeit gefährden, weil bei 21 von 26 Gemeinden die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, und sie damit keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, dann ist der Landkreis in der Pflicht, sich mit diesen Vorhalten zu beschäftigen. Der Einwand des Landrates Roger Lewandowski (CDU), die Gemeinden hätten ja

genügend Rücklagen und müssten sich zunächst daraus bedienen, halten wir für kurzsichtig.

Die Anzahl der Gemeinden, die an ihre Rücklagen gehen müssen, weist auf ein strukturelles Problem hin. Wenn in Zeiten guter Einnahmen für die öffentliche Hand dennoch die Städte und Gemeinden keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, dann ist die Leistungsfähigkeit dieser zumindest gefährdet. Zumal: Die Rücklagen fehlen dann, wenn in kom-

menden Jahren die Einnahmen zurückgehen. Der Landkreis macht es sich hier sehr einfach, in dem er von den Gemeinden den Nachweis der Leistungsfähigkeit verlangt und selbst Rücklagen aufbaut und sogar Schulden tilgt. Wir fordern im Gegensatz dazu den Nachweis des Landkreises, dass die Kreisumlage keine Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden hat.

Konzepte zur Einsparung bei den Ausgaben notwendig

Interessant wird es dann, wenn wir als Fraktion im Finanzausschuss des Landkreises wie auch in den Kommunen selbst immer wieder Konzepte zur Einsparung bei den Ausgaben fordern, solche aber durch den Landkreis bisher nicht vorgelegt wurden. Selbst die von den Gemeinden immer wieder geforderte Auflistung der freiwilligen Ausgaben gab es bisher vom Landkreis nicht.

Natürlich wollen wir auch, dass der Landkreis im freiwilligen Bereich Mittel einsetzt. Dies darf aber nicht dazu führen, dass in den Gemeinden die für das Zusammenleben notwendigen Mittel fehlen, um für Kultur, für die Sportvereine, für Schulsozialarbeit usw. die Gelder im ausreichenden Maße bereitzustellen.

Daniel Golze

Verbesserungen im ÖPNV zwingend notwendig

Mit dem Entwurf des Landesnahverkehrsplanes (LNVP) ist beabsichtigt, insbesondere die Situation im Schienenpersonennahverkehr nachhaltig zu verbessern.

Leider finden sich in diesem LNVP keine Verbesserungen für das Westhavelland und Rathenow und darüber hinaus Verschlechterungen für den Bereich Wustermark.

Wir haben uns bei der Unterschriftensammlung davon leiten lassen, dass nicht nur inakzeptabel ist, dass Rathenow im Entwurf des LNVP gar keine Rolle spielt, sondern wir wollen auch Druck ausüben, für das Westhavelland schnellstmögliche Änderungen herbeizuführen.

Das Westhavelland hat große Entwicklungsmöglichkeiten. Aber nur dann, wenn eine schnelle Anbindung an Berlin und Potsdam gewährleistet ist. Wir haben einen deutlichen Trend für Berlin und das nahe Berliner Umland zu verzeichnen, der zu einem gesteigerten Wunsch an naturnahem und preisgünstigerem Wohnen und Leben führt. Zur Zeit suchen daher sehr viele Berlinerinnen und Berliner Grundstücke und Wohnungen in einer Entfernung zu Berlin, die ein Pendeln zum und vom Arbeitsplatz noch zulässt. Die Suche wird sie aber nicht in das Westhavelland führen, wenn die Anbindung an den Arbeitsplatz so bleibt wie sie jetzt ist.

Für uns bedeutet das konkret: Wir fordern eine halbstündige Anpassung von und nach Berlin im 30-Minuten-Takt zu den Hauptpendlerzeiten. Und nicht erst ab 2030, sondern unverzüglich!

Wir lehnen die Verschlechterungen für den Bereich Wustermark ab, da die schnelle Anbindung an die Landeshauptstadt Potsdam für das gesamte Havelland unverzichtbar ist.

Daniel Golze



Eine neue Polizeiinspektion fürs Havelland

Am Nikolaustag gab es ein ganz besonderes Geschenk für das Havelland: Die neue Polizeiinspektion in Falkensee wurde offiziell eröffnet.

Bisher hatte die Polizeiinspektion Havelland ihren Sitz in Nauen. Von hier aus wurde die Arbeit der Polizei im Havelland gesteuert. Wachen gab es außerdem noch in Rathenow und Falkensee. Die Arbeitsbedingungen für die Kolleg*innen waren in der Wache in Falkensee wirklich nicht gut und so war es dringend notwendig, hier Abhilfe zu schaffen. Dies ist nun geschehen.

Die neue Inspektion in Falkensee ersetzt die bisherige in Nauen, wobei die Wache in Nauen natürlich fortbesteht, und bietet Arbeitsplätze für 109 Kolleg*innen. Sie hat ca. 10 Millionen Euro gekostet, gut investiertes Geld, wie ich finde.

Die neue Raumschießanlage wird künftig auch von der Fachhochschule der Polizei zu Ausbildungszwecken genutzt. Diese entspricht neuesten technischen Standards.

Bei der Besichtigung hatte ich auf jeden Fall den Eindruck, dass die Arbeitsbedingungen insgesamt sehr gut sind.

Andrea Johlige

Freunde zu Besuch im Havelland

Zum wiederholten Mal lud der Landkreis Havelland den Partner-Landkreis Rendsburg-Eckernförde zum Besuch des Havellands ein.

Diese Partnerschaftsbeziehungen bestehen nun schon seit vielen Jahren in Form von Besuchen und Gegenbesuchen im jährlichen Wechsel. Mitarbeitern der Verwaltung und Kreistagsabgeordneten ist es zu verdanken, dass diese Freundschaft über Jahre kontinuierlich gewachsen ist.

Der diesjährige Besuch erstreckte sich über drei Tage. Etwa 30 Vertreter aus Politik und Vereinsleben konnten in Rathenow begrüßt werden. Und jeder Tag ein Höhepunkt.

Am ersten Tag besichtigten wir die NABU-Station in Milow mit anschließendem Abendessen und gemütlichen Zusammensein. Es trafen sich alte Freunde mit ihren

Ehepartnern zu interessanten Gesprächen und einem Erfahrungsaustausch zu Themen wie Jugendarbeit, Tourismus und ÖPNV.

Eine Fahrt auf der Havel nach Havelberg bei bestem Wetter war das nächste große Ereignis, bei dem uns und unseren Rendsburger Freunden das gewaltige Projekt der Havelrenaturierung beispielhaft erläutert wurde.

Am letzten Abend traf man sich in der Waldschule Pausin, eine sehenswerte Dorfgemeinschaftsanlage, die jeder Havelländer einmal gesehen haben sollte.

Bei der Verabschiedung blickten alle auf ein erfolgreiches Treffen zurück, verbunden mit der festen Überzeugung, diese Kontakte auch zukünftig zu fördern.

Karl-Reinhold Granzow

Eine lange Freundschaft

Seit 50 Jahren entwickelten sich die Beziehungen der LINKEN in Premnitz und Petit-Quevilly in der Normandie zur festen Freundschaft mit intensiven persönlichen Kontakten.

Am 7. Oktober 1967 wurde durch die damaligen Bürgermeister von Petit-Quevilly und Premnitz ein Partnerschaftsvertrag unterzeichnet, der zum kontinuierlichen Austausch von Delegationen beider Städte und dem einseitigem Auftritt von Kulturgruppen aus Petit-Quevilly in Premnitz führte.

Dieser Austausch war von Anbeginn eine Einbahnstraße, da an den Delegationen aus Premnitz nur ausgesuchte Reisekader teilnehmen durften. Es konnten aber nicht die persönlichen Kontakte, die bei den Besuchen der französischen Delegationen entstanden, unterbunden werden.

Diese waren dann auch die Grundlage, dass sofort nach der Wiedervereinigung mit den Genossen in Petit-Quevilly und der Region im Caux Vallée de Seine die Beziehungen aufge-

nommen wurden und Strukturen für künftige freundschaftliche Verbindungen auf breiter Ebene abgesprochen wurden.

Michel Havard und Robert Pages von der Kommunistischen Partei Frankreichs (FKP) waren die treibenden Kräfte auf französischer Seite. Die Premnitzer Genossen Harald Schönfeld, Birgit Wienert und Wolfgang Hundt waren dafür verantwortlich, dass sich bis heute eine Vielzahl von Menschen des Havellandes und des Seinetales kennenlernten.

Es gilt diese Beziehungen in Zukunft auch auf die Ebene unseres Landkreises zu heben.

Wolfgang Hundt



Unser Fraktionsmitglied Wolfgang Hundt (6. von rechts) ist eine treibende Kraft der deutsch-französischen Freundschaft.

Abgeordnetentage in Nauen und Schönwalde-Glien



Jeden ersten Dienstag im Monat bin ich in Nauen und Schönwalde-Glien unterwegs, um mir die Anliegen, Wünsche und Probleme der Einwohnerinnen und Einwohner anzuhören und mögliche Lösungen anzubieten. Allerdings warte ich nicht in einem Büro auf die Menschen, sondern bin auf den Straßen beider Kommunen als Ansprechpartner für unsere Kreistagsfraktion anzutreffen.

Über eine Episode eines solchen Abgeordnetentages möchte ich im Folgenden berichten.

Anwohner aus dem Ketziner Rotkehlchenweg teilten mir mit, dass vor ihren Häusern ein „Parkverbot“-Schild aufgestellt wurde, so dass sie dort ihre Fahrzeuge nicht mehr abstellen konnten. Dies hat für Unmut

unter einigen von ihnen gesorgt und sie haben Widerspruch gegen die verkehrsrechtliche Anordnung eingelegt. Bei einem Vor-Ort-Termin am 2. Oktober 2017 baten sie um Änderungen, für die ich mich im Nachgang einsetzte. Zwischenzeitlich haben Anwohner, welche in Widerspruch gegangen waren, einen Negativbescheid bekommen und müssen nun jeweils 30 Euro bezahlen.

Ich habe mich bereits mit dem zuständigen Dezernenten Herrn Dr. Henning Kellner in Verbindung gesetzt, um auf eine Lösung des Problems hinzuwirken, welche beide Seiten, die Stadt Ketzin und die Einwohner im Rotkehlchenweg, zufriedenstellt.

Ich bleibe dran und werde in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung über das Ergebnis berichten.

Jörg Schönberg

Jobcenter - Gespräche

An mich hatte sich vor einigen Wochen eine alleinerziehende Mutter gewandt, deren Wohnkosten durch das Jobcenter nicht mehr übernommen wurden, weil sie nicht angemessen waren. Da sie trotz intensiver Suche keine andere Wohnung fand, drohte ihr die Zwangsräumung. Kurzfristig hat sie dann doch eine Wohnung gefunden, jedoch wollte das Jobcenter nun die Umzugskosten nicht genehmigen. Es bestand die Gefahr, dass die Frau zwar eine neue Wohnung hatte, ihre Möbel aus der alten Wohnung aber zwangsgeräumt werden. Ich habe beim Jobcenter interveniert und erreichen können, dass die Umzugskosten doch übernommen wurden und die Familie kurzfristig umziehen konnte.

Darüber hinaus habe ich mit Dezernent Dennis Granzow, der auch für die Jobcenter im Havelland zuständig ist, über die Wohnungssituation insbesondere in Schönwalde-Glien und Dallgow-Döberitz gesprochen. Viele Geflüchtete mit einem Aufenthaltsstatus müssten die Gemeinschaftsunterkünfte beider Kommunen eigentlich verlassen und in eine Wohnung umziehen. Außerdem sollen beide Unterkünfte geschlossen werden. Allerdings sieht es auf dem Wohnungsmarkt (nicht nur) dieser beiden Gemeinden schlecht aus. Dies ist ein weiteres Argument für eine kreiseigene oder für kommunale Wohnungs(bau)genossenschaften, die DIE LINKE schon lange fordern. Mit solchen Genossenschaften würden die Kommunen und der Landkreis wieder Steuerungsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt bekommen und es würde mehr bezahlbarer Wohnraum im Havelland zur Verfügung stehen.

Andrea Johlige

Unsere Fraktionmitglieder



Andrea Johlige

Wustermark
Fraktionsvorsitzende
Kreisausschuss



Karl-Reinhold Granzow

Rathenow
Stellvertretender, Fraktionsvorsitzender, Kreisausschuss
Ausschuss für Regionalentwicklung, Bau und Vergaben
Ausschuss für Landwirtschaftsförderung, Umwelt und Öffentliche Sicherheit



Diana Golze

Rathenow
Stellvertretende, Fraktionsvorsitzende, Vorsitzender Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Petitionen, Ausschuss für Grundsicherung und Arbeit



Harald Petzold

Falkensee
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Petitionen



Tobias Bank

Wustermark
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport und Tourismus



Daniel Golze

Rathenow
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Petitionen, Ausschuss für Soziales, Bildung und Gesundheit



Heidemarie Hinkel

Falkensee
Kreistagspräsidium
Ausschuss für Grundsicherung und Arbeit



Wolfgang Hundt

Premnitz
Ausschuss für Regionalentwicklung, Bau und Vergaben
Ausschuss für Soziales, Bildung und Gesundheit



Jörg Schönberg

Schönwalde-Glien
Wahl- und Zählkommission
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport und Tourismus, Ausschuss für Landwirtschaftsförderung, Umwelt und Öffentliche Sicherheit



Renate Tschiersch

Rhinow
Jugendhilfeausschuss
Ausschuss für Soziales, Bildung und Gesundheit

Preisrätsel

Im Havelland gibt es viele Denkmäler, Mahnmale und Gedenktafeln. Einige davon erinnern an die Zeit des Faschismus, an dessen Gräueltaten, an dessen Opfer und an diejenigen, die Widerstand leisteten.

Ordnen Sie den Bildern der richtigen Bezeichnung des Mahnmals zu:

1. Ehrenmal für die Opfer des Faschismus in Nauen
2. Mahnmal für die Opfer des antifaschistischen Widerstandskampfes in Falkensee
3. Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus in Premnitz
4. Denkmal für die Opfer des Faschismus in Rathenow

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir das neue Buch von Gregor Gysi „Ein Leben ist zu wenig: Die Autobiographie“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Ihre Lösung schicken Sie bitte unter Angabe einer Telefonnummer an: DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Havelland, Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow oder per Email an: kreistagsfraktion@dielinke-havelland.de. Einsendeschluss ist der 31. März 2018. Viel Spaß beim Rätseln!

Auflösung des Kreuzworträtsels aus unserer vergangenen Ausgabe

Das Lösungswort hieß „**Bildung**“. Über einen Erlebnistag auf dem historischen Lucke-Hof konnte sich Annika Teschner aus Premnitz freuen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Havelland

V.i.S.d.P.: Andrea Johlige, **Telefon:** 03321/ 45 56 03, **E-Mail:** kreistagsfraktion@dielinke-havelland.de, **Layout und Druck:** Fortunato Werbung, Wohnpark Rotkäppchen 1, 15306 Seelow, www.fortunato-werbung.de, **Auflage:** 3 500 Stück, **Fotos:** nicht namentlich gekennzeichnete Fotos: DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Havelland

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen.

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge der Redaktion.

Öffnungszeiten Fraktionsbüro:

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow Mo., Mi., und Fr. 10.00 -12.00 Uhr, Di. 14.00 -18.00 Uhr, Do. 9.00 -12.00 Uhr, Telefon: 03385/ 51 25 31, Fax: 03385/ 49 45 22